

# PRESSEMITTEILUNG

## DJV bekräftigt Nein zur Online-Durchsuchung

**Berlin, 4.06.2008** – Der Deutsche Journalisten-Verband hat nach der heutigen Zustimmung des Bundeskabinetts zum Entwurf des so genannten BKA-Gesetzes sein Nein zur Online-Durchsuchung bekräftigt. Der Entwurf enthält weiterhin die umstrittenen Regelungen zur Online-Durchsuchung und eine Relativierung des Informantenschutzes. Staatliche Ermittler sollen die Möglichkeit erhalten, in Verdachtsfällen ohne Wissen der Betroffenen in deren Computer einzudringen und die Inhalte der PC's auszuspähen, wenn sie unvermeidbar betroffen sind, wie es im Entwurf heißt. „Diese Regelung bietet staatlichen Stellen den Zugriff auf Computer von Journalistinnen und Journalisten. Staatliche Eingriffe in Redaktionen sind mit dem Grundrecht der Pressefreiheit nicht vereinbar“, erklärte DJV-Bundesvorsitzender Michael Konken. Wenn Ermittler die Computer von Journalistinnen und Journalisten sowie deren Informanten ausspähen, würden wichtige Rechte der Medien auf einen Schlag de facto gestrichen: das Redaktionsgeheimnis, das Zeugnisverweigerungsrecht und damit der Informantenschutz sowie die Freiheit der Berichterstattung. „Das Mittel der Online-Durchsuchung gefährdet die Freiheit der Medien“, warnte Konken. Wer über Verbrechen recherchiert, könne nach dem Gesetzentwurf ins Fadenkreuz der Online-Fahnder geraten.

Der DJV appellierte an die Fraktionen des Deutschen Bundestags, dem Regierungsentwurf zum BKA-Gesetz die Zustimmung zu verweigern.

Referat Presse- und Öffentlichkeitsarbeit:  
Hendrik Zörner

**Bei Rückfragen:** Tel. 030/72 62 79 20, Fax 030/726 27 92 13  
Sie finden unsere Pressemitteilung auch unter [www.djv.de](http://www.djv.de)



Deutscher  
Journalisten-  
Verband

Gewerkschaft  
der Journalistinnen  
und Journalisten

PRESSEHAUS 2107  
SCHIFFBAUERDAMM 40  
10117 BERLIN  
TEL: 030/72 62 79 20  
TELEFAX 030/726 27 92 13

E-MAIL: [DJV@DJV.DE](mailto:DJV@DJV.DE)  
INTERNET: [WWW.DJV.DE](http://WWW.DJV.DE)